Nr. 34 • Ausgabe B Nr. 17
Ausgabe für Berlin u. Umgegend Nr. 34

Abend-Ausgabe

Freitag, 21. Januar 1921
50. Jahrgang

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Die Programmerklärung Briands.

Das Wohlergehen Deutschlands und der Ruin des siegreichen Frankreich. — Das Verhältnis zu den Alliierten.

Der neue französische Ministerpräsident, Herr Briand, hat gestern in seiner Programmerklärung, die er in der Kammer vorlas, gesagt, in dem Gegensatz zwischen dem Wohlergehen Deutschlands und dem Ruin des siegreichen Frankreich liege „eine Herausforderung der elementarsten Gefühle, die Frankreich nicht annehmen kann". Diese Worte zeuger von einer kaum zu überbietenden Unkenntnis der deutschen Verhältnisse, oder sie sind, was wir nicht annehmen wollen, ein absichtlicher Versuch, die Dinge vor der Welt zu entstellen und den Völkern, die anfangen, die Wahrheit zu begreifen, schnell wieder eine Binde vor die Augen zu legen. Wir wollen wahrhaftig das Elend der zerstörten nordfranzösischen Gebiete nicht leugnen oder rosig übermalen und wissen sehr genau den Umfang dieser Nöte zu ermessen. Aber es ist, gelinde gesagt, trotz alledem ein höchst bedauerlicher Mangel an Aufrichtigkeit oder an Fähigkeit zu sachlichem Urteil, wenn Herr Briand noch einmal seinen Landsleuten und den fremden Hörern seiner Worte ein Deutschland vorspiegelt, dessen „Wohlergehen" die heiligsten Gefühle der Franzosen beleidigen müsse.

Herr Aristide Briand versichert, sogar die schlechte Valuta eröffne Deutschland „im weitesten Maße die Hoffnung auf wirtschaftliche Ausdehnung". Du lieber Gott, wir alle wissen, daß ein kleiner Teil der deutschen Industrie vorübergehend von dem niedrigen Stand der Mark profitiert, während die große Masse der Industriellen von der ungeheuren Teuerung, die mit der Valuta zusammenhängt, schwer bedrückt ist. Herr Briand möge doch einmal die gegenwärtige Lebenshaltung der deutschen Familien mit derjenigen der französischen vergleichen! Trotz allen Jammerns der Pariser Presse über die Nahrungsmittelpreise ist doch Paris ein Schlaraffenland, verglichen mit Berlin. Frankreich hat seine fruchtbaren, schatzreichen Kolonien und es ist seine Schuld, wenn es nicht genügend herauszuholen versteht und seine Transportmittel mangelhaft organisiert sind. Frankreich hat nach allen Seiten hin, in der ganzen Welt, volle Bewegungsfreiheit, und wie man die deutschen Kolonien unter zynischen Vorwänden fortgenommen hat, so hat man das deutsche Eigentum im Auslande geplündert, die deutschen kaufmännischen Unternehmungen im Auslande aus Konkurrenzneid ruiniert, und dem deutschen Kaufmann, der neue Verbindungen anknüpfen will, werden auf Schritt und Tritt Hindernisse in den Weg gewälzt. Durch den infamen Friedensvertrag von Versailles sind von Deutschland große fruchtbare Gebiete abgerissen worden, einfach, weil Frankreich in unendlich törichter, kurzsichtiger Angstpolitik an unserer Ostgrenze eine übergroße polnische Zwingburg aufrichten wollte, die übrigens, wie jeder nicht mit Blindheit geschlagene Politiker vorhersehen konnte, bereits in allen Wänden kracht. Auf diese Weise ist die ganze Grundlage der Ernährung in Deutschland zerstört worden, und die unter dem Blockadesystem während des Krieges und noch nach dem Kriege ausgehungerte deutsche Bevölkerung — der infolge des von Herrn Briand so vorteilhaft gefundenen Valutastandes nicht genug Zufuhr von außen kommen kann — leidet, soweit sie nicht aus den ja auch in Frankreich nicht fehlenden Schiebern und Knieverdienern besteht, andauernd die schlimmste Not.

Hat Briand gar nichts davon gehört, wie die heranwachsenden Generationen, wie Kinder und Mütter in Deutschland durch Entbehrung und Unterernährung ausgehöhlt und in ihrer Lebensenergie getroffen sind? Während die Quäker, andere mildtätige und verständnisvolle Amerikaner, die Neutralen und sogar einige Engländer und Engländerinnen dieses furchtbare Unheil nach Kräften zu lindern suchen, spricht Herr Briand von dem Lande dieses Kinderelends wie von einem Garten Eden, wo jedem die Früchte in den Mund hängen, oder wie von einem Kanaan, wo Milch und Honig fließt. Wir geben gern zu, daß seine Regierungserklärung im allgemeinen nicht feindseliger klingt, als die Erklärung eines Kabinetts, in dem Herr Barthou sitzt, wohl gehalten sein mußte, und daß Herr Briand sich vielleicht sogar Mühe gegeben hat, einen gewissen Ton der Mäßigung zu wahren — soweit sich das vor einer so nationalistischen Kammer machen ließ. Um so beklagenswerter ist es, daß er geglaubt hat, die Verhandlungen über die „Wiedergutmachung" mit einer Phrase einleiten zu müssen, die eine beabsichtigte oder auf einer höchst oberflächlichen Betrachtungsweise beruhende Unwahrheit enthält. Im weiteren Verlaufe der Erklärung sagt der Ministerpräsident, daß „das enge Bündnis mit England" die Grundlage der französischen auswärtigen Politik sei, und dieser Satz ist, wie der Rest, selbstverständlich und nicht neu. Die französische Regierung will überall, im Orient und anderswo, diese herzlichen Beziehungen aufrecht erhalten und auch ihr Verhältnis zu all den neu gegründeten Staaten in gleicher Weise pflegen — wobei nur daran erinnert werden muß, daß die Gedanken leicht beieinander wohnen, die Sachen sich hart im Raume stoßen, wie ein großer deutscher Dichter sagt.

* * *

L. Paris, 21. Januar.

Die Regierungserklärung wurde von Briand sehr langsam verlesen. In Paris machen die Sätze, die sich auf die friedliche Regelung beziehen, besonderen Eindruck. In Deutschland wird wahrscheinlich den Aeußerungen, die auf Entwaffnung und Durchführung des Vertrages bestehen, größere Wichtigkeit beigelegt werden. Ein Chronezeuge früherer Erklärungen bezeichnet Briands Worte als Fortschritt für die Entwickelung und warnte vor pessimistischer Einschätzung.

Bevorstehende Verhandlungen über die französischen Vorschläge.

Zwischen Staatssekretär Bergmann und Ententevertretern.

Berlin, 21. Januar. (W. T. B.)

Zwischen Herrn Bergmann und den Vertretern der Ententeregierungen haben in Paris mehrfach Besprechungen über die Frage der Festsetzung der deutschen Entschädigung stattgefunden. Bei diesen Besprechungen hat Herr Bergmann in Uebereinstimmung mit der Stellungnahme des Außenministers Simons bei seinen Besprechungen mit dem Botschafter Laurent zwar die schweren Opfer betont, die für Deutschland aus einer Vertagung der Feststellung der Gesamtentschädigung erwachsen, sich jedoch bereit erklärt, über die Seydouxschen Vorschläge wegen der Fixierung der fünf Jahresraten unter den bekannten Voraussetzungen zu verhandeln, die nach deutscher Auffassung die Grundlage für jede weitere Verständigung über die Reparationsleistungen bilden. Es haben sich noch keine Anhaltspunkte dafür ergeben, inwieweit die Alliierten bereit sind, in diesen für die ganze Weiterentwicklung der Angelegenheit vom deutschen Standpunkte aus entscheidenden Punkten Deutschlands Wünsche zu berücksichtigen. Herr Bergmann hat darauf hingewiesen, daß es auch im Interesse der Wirtschaft der Ententestaaten und des Wiederaufbaues Europas unbedingt notwendig sei, daß über diese Voraussetzungen vollkommene Klarheit erzielt wird. Herr Bergmann wird voraussichtlich in den nächsten Tagen mit den Unterhändlern der Entente über die Seydouxschen Vorschläge zur Durchführung der Sachleistungen in Verhandlungen eintreten. Diesen Verhandlungen werden formulierte deutsche Vorschläge zugrunde liegen. Die Konferenz der Regierungschefs in Paris am 24. Januar wird sich voraussichtlich auch mit vorläufigen Berichten der Ententedelegierten über das Reparationsproblem beschäftigen. Nach den Mitteilungen aus Paris ist in Aussicht genommen, daß im Anschluß daran die Verhandlungen in Brüssel ihren Fortgang nehmen.

Die Einigung der Alliierten über die deutsche Wiedergutmachung.

Zwei Berichte Seydoux'. — Drei Goldmilliarden jährlich für fünf Jahre.

Paris, 21. Januar. (E. E.)

Die Erörterungen über die Verhandlungen zwischen den alliierten und deutschen Sachverständigen in Paris zur Feststellung der in den nächsten fünf Jahren zu zahlenden Raten dauern in der französischen Presse fort. Aus dem „Echo de Paris" erfährt man, daß die **Alliierten zu einer vollständigen Einigung gelangt** sind. Es liegen zwei Berichte des Herrn Seydoux vor. In dem zweiten Bericht bekennt er sich auch zur Politik der Pauschalsumme und erklärt, daß die fünf Jahresraten nur innerhalb des allgemeinen Systems ihre Rolle spielen sollen. Gefordert werden von Deutschland in den kommenden fünf Jahren je drei Milliarden Goldmark in natura oder in Gold. Ein gewisses Minimum der Goldzahlungen wurde festgelegt. Die Vorschüsse für die Kohlenlieferungen werden aufhören. Wenn Deutschland sich seinen Verpflichtungen entzieht, werden seine Zölle mit Beschlag belegt werden, und die Alliierten werden das Recht haben, von Deutschland zu fordern, daß es gewisse Ausgabeposten aus seinem Budget streiche (!), und insbesondere auch die inneren deutschen Anleihen zu unterdrücken (!). Das Blatt findet die Garantien übrigens unzureichend und fordert, daß die Drohung mit der Besetzung des Ruhrgebietes aufrechterhalten werden soll. Die Gegenforderungen der Deutschen nach Unterdrückung der Volksaufstimmung in Oberschlesien, ferner nach Vertagung der Geldzahlungen und nach Rückgabe der deutschen Güter, die in fremden Ländern sequestriert und bisher nicht verkauft wurden, **wurden abgelehnt.** Dagegen hat man Deutschland **300 000 Tonnen Handelsschiffsraum zugestanden.** Fraglich ist dagegen noch, ob die Kosten für die Besatzungstruppen im Rheinland von den drei Milliarden Goldmark abgezogen werden sollen und ob Frankreich auf den § 18 Anhang 2 des achten Teiles des Versailler Friedensvertrages verzichten will.

Reuter veröffentlicht eine Note über die Jahreszahlungen von drei Milliarden Goldmark. Reuter erfährt aus autorisierter Quelle, daß die in der deutschen Presse (?) allgemein verbreitete Ansicht, daß Deutschland gegen den Vorschlag der Alliierten zur Zahlung von fünf Jahresraten Einspruch erheben werde, sicherlich nicht der Standpunkt sei, auf den die deutsche Regierung sich in dieser Frage festgelegt habe. (Das Reutersche Bureau phantasiert. In der deutschen Presse, speziell im „Berliner Tageblatt", wurde seit fast einer Woche unablässig mitgeteilt und betont, daß die deutsche Regierung unter der bekannten Voraussetzung die von französisch-englischer Seite vorgeschlagene Methode annehme. Die Redaktion.) Im Gegentext, im Laufe der Besprechungen, die hierüber zwischen Deutschlands Vertretern und den Alliierten stattfanden, sprachen alle Anzeichen dafür, daß die deutsche Regierung sich vollkommen über die Notwendigkeit klar sei, ohne Zögern den sehr vernünftigen Vorschlag anzunehmen, den die Alliierten bezüglich der ersten fünf Jahresraten auf die Gesamtentschädigungssumme gemacht haben. Man betrachtet dies als einen großen Fortschritt, obwohl bis zur Konferenz von Paris, die in der nächsten Woche stattfinden wird, die offizielle Entscheidung nicht gefallen sein dürfte. Man muß bemerken, daß die Alliierten bezüglich der Entschädigung nichts von ihren Rechten aufgeben können, soweit sie die Zahlungen in Geld betreffen, und daß es dann eines genauen Hinweises bedürfe, der zeigen wird, daß Deutschland wirklich entschlossen sei, die ihm aus dem Friedensvertrag erwachsenen Verpflichtungen zu erfüllen. **Die Annahme des Vorschlages der Zahlung von fünf Jahresraten durch die deutsche Regierung wird einen Fortschritt darstellen, der die ganze Frage unter einem neuen Gesichtspunkt erscheinen läßt und welcher die endgültige Lösung viel leichter machen wird.** Es gibt Gründe zu der Annahme, daß man in Paris erkennen werde, daß die Deutschen sich von der Lage Rechenschaft geben, daß es für sie das Beste wäre, wenn sie der Zahlung dieser fünf Jahresraten zustimmen würden, die in Spaa und Boulogne beschlossen wurden. Durch die Annahme würde das Terrain gereinigt werden, und die Konferenz von Brüssel würde in der Lage sein, die Erörterungen über die von Deutschland zu zahlende Totalsumme wieder aufzunehmen. Dadurch würde auch die Spannung, die seit längerer Zeit besteht, wieder vermindert werden. Unter diesen Umständen empfindet man in London große Ueberraschung bei der aus Paris kommenden Nachricht, daß Staatssekretär Bergmann die von den Alliierten vorgeschlagenen Ziffern (3 Milliarden Goldmark jährlich. Die Redaktion.) zurückgewiesen habe. Man versteht nicht, wie dies möglich war (?), und man weiß nicht, welche Haltung die deutsche Regierung einnehmen wird, falls sie den Anforderungen der Alliierten nicht nachkommen will.

Briand und die Kammer.

Die Aufnahme der Regierungserklärung.

Paris, 20. Januar. (W. T. B.)

In der Regierungserklärung wird zum Schluß noch gesagt: Die Regierung ist fest entschlossen, die Finanzen gesund zu erhalten. Sie hat besonders vor, an die rasche Liquidierung der im Zusammenhang mit dem Kriege entstandenen Organisationen zu gehen. Andererseits ist es notwendig, das Gleichgewicht zwischen den Ausgaben und den Einnahmen des Landes herzustellen. Der vollständige Ertrag dieser letzteren wird in der Reorganisation des Finanzdienstes und besonders des mit der Erhebung betrauten Dienstes sichergestellt werden. Wir sind entschlossen, in unsere Finanzen, die durch den Krieg in große Verwirrung geraten sind, Ordnung, Regelmäßigkeit und Klarheit wieder einzuführen. Aber wenn wir hoffen können, durch die Maßnahmen, bezüglich deren wir uns mit Ihrer Finanzkommission beraten werden, die finanzielle Krise zum Stillstand zu bringen, so ist es wesentlich, um sie schleunigst zu beenden, daß der Staatsschatz nicht mehr die Reparationen zu übernehmen hat, die Deutschland schuldig ist. Durch seine Armee und seine Finanzen wird Frankreich sich in voller Sicherheit seinem Wiederaufbau widmen können. Der wirtschaftliche Sieg wird aber nicht errungen werden, wenn wir nicht in Ackerbau, Handel und Industrie die Freiheit wiedergewinnen und die Hindernisse aufheben, die infolge der durch den Krieg notwendig gewordenen Reglementierung eingetreten sind. Wir werden benützt sein, diesen wirtschaftlichen Wiederaufbau bald in die Wirklichkeit umzusetzen. Wir werden mit allen Kräften den Wiederaufbau unserer verwüsteten Gebiete beschleunigen. Das wird uns gelingen durch systematische Dezentralisation und durch den Appell an die Initiative der Bewohner der verwüsteten Gebiete selber und durch eine bessere Gestaltung der Kredite an die verschiedenen verwüsteten Departements. Wir werden die restlose Durchführung der Gesetze zugunsten der durch den Krieg Geschädigten betreiben. Der wirtschaftliche Wiederaufbau Frankreichs wird auch eine wertvolle Unterstützung in der Nutzbarmachung der Quellen finden, die uns unsere Kolonien bieten, die uns während des Krieges eine so große Hilfe gewesen sind. Ein umfangreiches Programm zur Entwicklung der wirtschaftlichen Aufrichtung unserer Kolonien durch Taten der Hygiene und des Unterrichts, die geeignet sind, unseren Untertanen und Schützlingen unsere Zivilisation zu verschaffen, wird Ihnen ohne Verzug vorgelegt werden. Frankreich wird so bald zum Wohlstand kommen und seinen Vormarsch auf dem Wege des Fortschrittes jeder Art wieder aufnehmen können. Die Regierung ist entschlossen, den Arbeitern dieses Landes, die voller Patriotismus an dem Werk des Krieges mitgearbeitet haben und deren Ruhe und Klugheit eines der Hauptelemente der moralischen Stärke Frankreichs sind, die inmitten der sozialen Erschütterungen in der gegenwärtigen Stunde von der ganzen Welt bewundert werden, den weitestgehenden Kredit zu gewähren. Sie haben in der Tat begriffen, daß eine andere Haltung nur die Wirkung hätte, die gegenwärtigen Schwierigkeiten zu vergrößern und die Verbesserung ihrer Lage aufzuhalten. Die Regierung, die die Einwirkungen der wirtschaftlichen Krise auf die Arbeiterwelt aufmerksam verfolgt, ist es dieser schuldig, die geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, um der peinlichen Lage derjenigen, die feiern mußten, abzuhelfen und die Mittel zu suchen, unserer Industrie das volle Vertrauen wiederzugeben.

Wie Havas meldet, waren in der gestrigen Sitzung der Kammer über 450 Abgeordnete anwesend. Nach der Rede Briands verlas Peret die eingegangenen Interpellationen und fragte, ob